

Pilger Wischnewski

Die arabischen Länder sind nicht bereit, freigelassene Baader-Meinhof-Häftlinge bei sich aufzunehmen. Als der Staatsminister im Kanzleramt, Hans-Jürgen Wischnewski, vorletzte Woche zu geheimen Sondierungen nach Algerien, Libyen, dem Irak und Südjemen flog, winkten seine Gastgeber überall ab. Die härteste Abfuhr holte sich „Hadschi“, wie der arabische Spitzname für Wischnewski lautet (zu

deutsch: „Pilger“), im Südjemen, wo nach der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz 1975 fünf freigeprüfte Terroristen Zuflucht gefunden hatten. Ein arabischer Diplomat in Bonn: „Wir sind doch nicht die Abfalleimer der deutschen Behörden.“

Ins Fettnäpfchen

Aus einer mißverständlichen Äußerung von Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Wust hörte ein griechischer

Journalist heraus, was er hören wollte: daß die Bundeswehr Griechenland im Fall eines militärischen Konfliktes mit der Türkei unterstützen werde. Die griechische Zeitung „To Vima“ hatte Wust vor seiner Griechenland-Reise in der letzten Woche mit der Erklärung zitiert: „Sollte sich das Unwahrscheinliche ereignen, das heißt, daß Griechenland... sogar von einem Verbündeten angegriffen wird, dann würde Deutschland in der Praxis seine Solidarität mit dem verbündeten Griechenland



Nord-Süd-Makler Brandt, Weltbankpräsident McNamara: Kandidatensuche in New York

Die Dritte Welt hat kein Interesse

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher holte sich einen Korb. Als der Vielbeschäftigte den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt für Dienstag dieser Woche zum Abendessen in New York einlud, mußte der Ex-Kanzler absagen — wegen „Terminschwierigkeiten“.

Denn Brandt wird in der Uno-Hauptstadt in einer neuen internationalen Rolle aktiv: als Vorsitzender der von Weltbank-Präsident Robert McNamara angeregten „Unabhängigen Kommission für internationale Zusammenarbeit“.

Die „Brandt-Kommission“ (Weltbank-Jargon) will „den Entwicklungsprozeß in benachteiligten Weltgegenden voranbringen und einen Beitrag zur Errichtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung leisten“ — so verspricht es der SPD-Vorsitzende in einem Prospekt, den er zu seinen Gesprächen in die USA mitnahm.

Brandt weiß auch schon, wie er den festgefahrenen Dialog zwischen Industrienationen und Entwicklungs-

ländern wieder flottmachen will: Gesteuert von einem Stab internationaler Experten unter der Geschäftsführung des schwedischen Wirtschaftsprofessors Göran Ohlin, soll sich die Kommission, die sich voraussichtlich aus je sieben Vertretern der Industrie- und der Entwicklungsländer zusammensetzen wird, zu regelmäßigen Sitzungen in den verschiedensten Weltgegenden treffen. Die Eröffnungskonferenz hofft Brandt im Dezember in der Bundesrepublik abhalten zu können.

Für die auf höchstens 18 Monate veranschlagte Tätigkeit des Brandtschen Nord-Süd-Braintrusts haben vor allem Stiftungen aus Holland, Kanada und einigen Nahost-Staaten drei Millionen Dollar bereitgestellt. Für die Bundesrepublik spendierte der noch unter Kanzler Brandt gegründete deutsche Marshall-Fonds 100 000 Dollar. Die Weltbank selber hingegen zahlt, um die ideologische Unabhängigkeit der Kommission zu unterstreichen, keinen Pfennig.

Unklar ist bislang noch, ob es Brandt bei seinen Uno-Gesprächen in New York gelingt, politische Prominenz als Kommissionsmitglieder zu verpflichten. Als Kandidaten der Industrieländer gelten die Ex-Premiers Olof Palme und Edward Heath; auch der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat Interesse angemeldet.

Schwerer tut sich Brandt, geeignete Mitarbeiter aus den Entwicklungsländern zu finden. Denn die in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Dritte-Welt-Staaten haben signalisiert, daß sie von der ganzen Kommission nichts halten.

Nach dem Fehlschlag des Nord-Süd-Dialogs im vergangenen Mai in Paris kamen sie überein, sich nicht mehr auf Extra-Veranstaltungen einzulassen, in denen sie den Vertretern der Industriestaaten stimmengleich gegenüber sitzen.

Statt dessen wollen sie sich lieber auf die Uno-Debatten verlassen: Dort haben sie eine satte Mehrheit.